

# Inhaltsverzeichnis

Schrifttum . . . . .	11
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	19
<b>Einführung . . . . .</b>	<b>25</b>
A. Problemstellung . . . . .	25
B. Gang der Untersuchung und Eingrenzung der Arbeit . . . . .	29
<b>Erster Teil: Instrumentarium des deutschen Zivilrechts zur Bündelung gleichgerichteter Interessen im Prozess und sonstige Instrumente des Verbraucherschutzes . . . . .</b>	<b>32</b>
A. Einführung . . . . .	32
B. Instrumente zur Interessenbündelung sowie Schwachstellen hinsichtlich Streuschäden . . . . .	33
I. Streitgenossenschaft (§§ 59 ff. ZPO) . . . . .	33
1. Einführung . . . . .	33
2. Entstehung, Anwendungsbereich und Abgrenzung . . . . .	33
3. Die einfache Streitgenossenschaft . . . . .	33
4. Die Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft (§ 61 ZPO) . . . . .	34
5. Die notwendige Streitgenossenschaft (§ 62 ZPO) . . . . .	34
6. Die Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft . . . . .	35
7. Schwachstellen der Streitgenossenschaft hinsichtlich Streuschäden . . . . .	35
II. Prozessverbindung (§ 147 ZPO) . . . . .	37
1. Einführung . . . . .	38
2. Voraussetzungen der Prozessverbindung . . . . .	38
3. Die Wirkungen der Prozessverbindung . . . . .	39
4. Schwachstellen der Prozessverbindung hinsichtlich Streuschäden . . . . .	39
III. Die Nebenintervention (§§ 66 bis 71 ZPO) . . . . .	41
1. Einführung . . . . .	41
2. Voraussetzungen und Rechtsfolge der Nebenintervention sowie Rechtsstellung des beigetretenen Nebenintervenienten (Vorprozess) . . . . .	42
3. Die Wirkungen der Nebenintervention (Folgeprozess) . . . . .	43
4. Schwachstellen der Nebenintervention im Hinblick auf Streuschäden . . . . .	44

IV.	Ansprüche bei Verbraucherrechtsverstößen (§§ 1, 2, 3 UKlaG)	45
1.	Unterlassungs- und Widerrufsanspruch sowie allgemeiner Beseitigungsanspruch bei allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 1 UKlaG) . . . . .	46
a.	Der Unterlassungsanspruch . . . . .	46
b.	Der Widerrufsanspruch . . . . .	47
c.	Der allgemeine Beseitigungsanspruch . . . . .	48
2.	Unterlassungsanspruch bei Verstößen gegen Verbrauchergesetze (§ 2 UKlaG) . . . . .	48
3.	Anspruchsberechtigte (§ 3 UKlaG) der Ansprüche nach §§ 1, 2 UKlaG . . . . .	49
4.	Schwachstellen der Ansprüche im Hinblick auf Streuschäden . . . . .	50
V.	Einziehungsklage nach § 79 Abs. 2 Nr. 3 ZPO . . . . .	51
1.	Einführung . . . . .	51
2.	Voraussetzungen und Regelungsgehalt . . . . .	53
3.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden . . . . .	53
C.	Sonstige Instrumente des Verbraucherschutzes und Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden . . . . .	54
I.	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines Verfahrens über geringfügige Forderungen . . . . .	54
1.	Einführung . . . . .	54
2.	Anwendungsbereich der Verordnung . . . . .	55
3.	Einleitung des Verfahrens . . . . .	55
4.	Mündliche Verhandlung, Kosten und Sprache im Verfahren . . . . .	56
5.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden . . . . .	56
II.	Richtlinie 2008/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen . . . . .	57
1.	Einführung . . . . .	57
2.	Anwendungsbereich der Richtlinie . . . . .	58
3.	Regelungsgehalt der Richtlinie . . . . .	59
4.	Verhältnis zu laufenden Gerichtsverfahren . . . . .	59
5.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden . . . . .	60
III.	Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG . . . . .	61
1.	Entstehungsgeschichte, Einordnung und Regelungszweck . . . . .	61
a.	Entstehungsgeschichte . . . . .	61
b.	Einordnung . . . . .	62
c.	Regelungszweck . . . . .	63

2.	Tatbestand . . . . .	65
a.	Vorsätzliche Zuwiderhandlung gegen § 3 oder § 7 UWG . . . . .	65
b.	Erzielung eines Gewinns zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern . . . . .	65
aa.	Gewinn . . . . .	65
bb.	Zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern . . . . .	66
c.	Auf den Gewinn anrechenbare Leistungen (§ 10 Abs. 2 S. 1 UWG) . . . . .	68
d.	Rückabwicklung (§ 10 Abs. 2 S. 2 UWG) . . . . .	69
e.	Beweislast . . . . .	69
3.	Rechtsfolgen . . . . .	69
a.	Anspruch auf Gewinnherausgabe . . . . .	69
aa.	Inhalt und Durchsetzung des Anspruchs . . . . .	69
bb.	Anspruchsverpflichtung . . . . .	71
cc.	Anspruchsberechtigung . . . . .	72
dd.	Sonderfall: Mehrheit von Gläubigern . . . . .	72
ee.	Einwand des Rechtsmissbrauchs . . . . .	74
b.	Gewinnabführung an den Bundeshaushalt . . . . .	74
aa.	Auskunftsanspruch der zuständigen Stelle des Bundes (§ 10 Abs. 4 S. 1 UWG) . . . . .	74
bb.	Aufwendungsersatz (§ 10 Abs. 4 S. 2, 3 UWG) . . . . .	75
4.	Kritik an Ausgestaltung des § 10 UWG . . . . .	76
a.	Verfassungsrechtliche Bedenken . . . . .	76
aa.	Einwände der Literatur . . . . .	76
bb.	Stellungnahme . . . . .	76
cc.	Ergebnis . . . . .	79
b.	Kritik am Vorsatzerfordernis . . . . .	79
aa.	Teile der Literatur: Ausweitung auf grob fahrlässiges Verhalten . . . . .	80
bb.	Anforderungen an den Vorsatz in der Rechtsprechung . . . . .	80
cc.	Stellungnahme . . . . .	84
c.	Kritik am Tatbestandsmerkmal „zu Lasten“ . . . . .	87
aa.	Begriffsverständnis nach <i>Alexander</i> . . . . .	87
bb.	Begriffsverständnis nach <i>von Braunmühl</i> . . . . .	88
cc.	Begriffsverständnis nach <i>Pokrant/Köhler</i> . . . . .	89
dd.	Stellungnahme und Ergebnis . . . . .	90
d.	Kritik am Tatbestandsmerkmal „Gewinnabführung an den Bundeshaushalt“ . . . . .	94
aa.	Gesetzesbegründung . . . . .	94
bb.	Stellungnahme und Ergebnis . . . . .	94
D.	Zusammenfassung des ersten Teils . . . . .	96

<b>Zweiter Teil: Lösungsansätze zur Bekämpfung von Streuschäden –</b>	
<b>grundsätzliche Arten kollektiver Rechtsbehelfe</b>	97
A. Einführung	97
B. Arten kollektiver Rechtsbehelfe	98
I. Sammelklage (US-Typ)	98
1. Begriff	98
2. Rechtspolitische Gründe für die Einführung einer Sammelklage	99
a. „Ordnungspolitische Gründe“	99
b. „Effektuierungsargument“	100
c. „Entlastungsargument“	100
3. Zur Geeignetheit hinsichtlich der Bekämpfung von Streuschäden	100
4. Zusammenfassung und Ergebnis	103
II. Musterprozess	103
1. Begriff	103
2. Funktionen des Musterprozesses	105
3. Grundsätzliche Nachteile des Musterprozesses	106
4. Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) als Beispiel	107
a. Einleitung, Hintergrund und Regelungszweck	107
b. Anwendungsbereich	108
c. Regelungsansatz im KapMuG	109
d. Ausweitung des Regelungsansatzes im KapMuG auf Streuschäden außerhalb des Kapitalmarktrechts?	112
aa. Dogmatische Einordnung des Verfahrens und Rechtsstellung der Musterpartei	112
bb. Stellungnahme und Ergebnis zur Frage einer möglichen Ausweitung	114
5. Verwaltungsgerichtliches Musterverfahren (§ 93 a VwGO) als Beispiel	116
a. Einleitung, Hintergrund und Regelungszweck	117
b. Anwendungsbereich	117
c. Regelungsansatz in § 93 a VwGO	118
d. Ausweitung des Regelungsansatzes in § 93 a VwGO auf Streuschäden?	119
aa. Stellungnahme	119
bb. Ergebnis	121
6. Zusammenfassung und Ergebnis	121

III. Verbandsklage . . . . .	122
1. Begriff und dogmatische Einordnung . . . . .	122
a. Begriff . . . . .	122
b. Dogmatische Einordnung . . . . .	123
2. Zweck der Verbandsklage . . . . .	124
3. Sonderfall: Klagen mehrerer Verbände . . . . .	124
a. Problemstellung . . . . .	124
b. Stellungnahme und Ergebnis . . . . .	125
4. Verbandsklage als Instrument zur Bekämpfung von Streuschäden? . . . . .	126
a. Grundsätzliche Eignung . . . . .	126
b. Alternativ: Behörde als Abschöpfungsberechtigte? . . . . .	128
c. Orientierung an § 10 UWG? . . . . .	130
C. Zusammenfassung des zweiten Teils . . . . .	130
<b>Dritter Teil: Anforderungen an einen über § 10 UWG hinausgehenden Gewinnabschöpfungsanspruch . . . . .</b>	<b>132</b>
A. Einführung . . . . .	132
B. Anforderungen an eine Neuregelung . . . . .	132
I. Anforderungen an den Tatbestand . . . . .	132
1. Ausweitung auf weitere, in § 10 UWG bislang nicht erfasste Verstöße? . . . . .	132
a. Ausgangspunkt . . . . .	132
b. Erfasste Verstöße nach geltendem Recht . . . . .	133
c. Stellungnahme und Ergebnis . . . . .	135
2. Ausweitung auf grobe Fahrlässigkeit? . . . . .	137
a. Stellungnahme . . . . .	137
b. Ergebnis . . . . .	139
3. Empfänger des abgeschöpften Gewinns . . . . .	139
a. Ausgangspunkt . . . . .	139
aa. Verteilung des Gewinns an die Geschädigten? . . . . .	139
bb. Verbleib des Gewinns beim aktivlegitinierten Verband? . . . . .	142
b. Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .	144
II. Sonstige Anforderungen . . . . .	144
1. Sollen mehrere Verbände gleichzeitig klagen können? . . . . .	144
a. Stellungnahme . . . . .	144
b. Ergebnis . . . . .	147
2. Soll der geschädigte Verbraucher von der erfolgreichen Geltendmachung der Gewinnabschöpfungsklage im Rahmen einer von ihm nachträglich angestrengten Individualklage profitieren? . . . . .	147
a. Ausgangspunkt . . . . .	147

## Inhaltsverzeichnis

b.	Wertungskriterien und Stellungnahme . . . . .	147
c.	Ergebnis . . . . .	149
C.	Zusammenfassung des dritten Teils . . . . .	149
	Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit . . . . .	150